Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2706**

16. Wahlperiode 25. 09. 2006

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Problem und Ziel

Doppelbesteuerungen stellen bei internationaler wirtschaftlicher Betätigung ein erhebliches Hindernis für Handel und Investitionen dar. Durch das vorliegende Abkommen sollen derartige steuerliche Hindernisse zur Förderung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik besser abgebaut werden, als es nach dem im Verhältnis zur Kirgisischen Republik noch weiter geltenden deutsch-sowjetischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 24. November 1981 (BGBl. 1983 II S. 2) möglich ist.

B. Lösung

Das Abkommen vom 1. Dezember 2005 enthält die dafür notwendigen Regelungen. Es entspricht im Wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen. Steuermindereinnahmen in einzelnen Bereichen dürften sich durch Steuermehreinnahmen in anderen Bereichen weitgehend ausgleichen.

2. Vollzugsaufwand

Kein nennenswerter Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 25. September 2006

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 825. Sitzung am 22. September 2006 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bischkek am 1. Dezember 2005 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits müssen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen deutscher Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt werden. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden. Steuermindereinnahmen in gewissen Bereichen dürften allerdings durch Steuerverzichte der Kirgisischen Republik weitgehend ausgeglichen werden. Die Wirtschaft wird durch das Abkommen entlastet, da steuerliche Hindernisse im bilateralen Wirtschaftsverkehr beseitigt werden. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Соглашение между Федеративной Республикой Германия и Кыргызской Республикой об избежании двойного налогообложения и предотвращении уклонения от налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Kirgisische Republik –

von dem Wunsch geleitet, zur weiteren Entwicklung und Stärkung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zuzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,

die Körperschaftsteuer,

die Gewerbesteuer und

die Vermögensteuer

Федеративная Республика Германия

и

Кыргызская Республика,

желая заключить в целях развития и укрепления экономического, научно-технического и культурного сотрудничества между обоими Государствами Соглашение об избежании двойного налогообложения и предотвращении уклонения от налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

Лица, к которым применяется

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и имущество, взимаемым от имени Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, независимо от способа и метода их взимания.

2. Налогами на доходы и имущество считаются все налоги, взимаемые с общей суммы дохода, совокупного имущества или с отдельных элементов дохода или имущества, включая налоги с доходов от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги, взимаемые с фонда заработной платы, выплачиваемой предприятиями, а также налоги, взимаемые с доходов от прироста имущества.

3. Существующими налогами, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, являются, в частности:

а) в Федеративной Республике Германия:

подоходный налог,

налог с корпораций

промысловый налог и

налог на имущество,

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Kirgisischen Republik:

die Steuer von Gewinnen und Einkünften juristischer Personen und

die Einkommensteuer natürlicher Personen

(im Folgenden als „kirgisische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

включая налоговые надбавки к ним

(далее именуемые «германские налоги»);

b) в Кыргызской Республике:

налог на прибыль и доходы с юридических лиц,

подоходный налог физических лиц

(далее именуемые «кыргызские налоги»).

4. Настоящее Соглашение применяется также к любым идентичным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после даты подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга о любых существенных изменениях, которые будут внесены в их соответствующие налоговые законодательства.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeutet der Ausdruck „Kirgisische Republik“ im geographischen Sinne das Hoheitsgebiet der Kirgisischen Republik, auf dem die Kirgisische Republik in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt und auf dem das Steuerrecht der Kirgisischen Republik gilt;

b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;

c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und der „andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Kirgisische Republik;

d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt werden;

f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Per-

Статья 3

Общие определения

1. Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

a) термин «Кыргызская Республика» означает в географическом смысле территорию Кыргызской Республики, на которой Кыргызская Республика осуществляет суверенные права и юрисдикцию в соответствии с международным правом и на которой действует налоговое законодательство Кыргызской Республики;

b) термин «Федеративная Республика Германия» означает территорию Федеративной Республики Германия, а также прилегающий к территориальному морю район морского дна, его недр, а также расположенной над ними водной толщи, в котором Федеративная Республика Германия в соответствии с международным правом и национальным законодательством осуществляет суверенные права и юрисдикцию в целях разведки, разработки и сохранения природных ресурсов, как живых, так и неживых, а также в целях управления ими;

c) термины «Договаривающееся Государство» и «другое Договаривающееся Государство» означают Федеративную Республику Германия или Кыргызскую Республику, в зависимости от контекста;

d) термин «лицо» означает физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;

e) термин «компания» означает юридическое лицо или правовой субъект, который для целей налогообложения рассматривается как юридическое лицо;

f) термины «предприятие Договаривающегося Государства» и «предприятие другого Договаривающегося Государства» означают соответственно предприятие, управляемое резидентом Договаривающегося Государства, и предприятие, управляемое резидентом другого Договаривающегося Государства;

g) термин «международные перевозки» означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием Договаривающегося Государства, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договаривающемся Государстве;

h) термин «национальное лицо» означает:

aa) применительно к Федеративной Республике Германия:

любого немца в понимании Основного закона Федеративной Республики Германия, а также любое юридическое лицо, партнерство и иное объединение лиц,

sonenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf die Kirgisische Republik

alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Kirgisischen Republik besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Vereinigungen, die ihre Rechtsstellung nach dem geltenden Recht der Kirgisischen Republik erlangt haben;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;Í

bb) in der Kirgisischen Republik das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

учрежденные в соответствии с действующим в Федеративной Республике Германия законодательством;

bb) применительно к Кыргызской Республике:

любое физическое лицо, имеющее гражданство Кыргызской Республики, а также любое юридическое лицо, партнерство или любую другую ассоциацию, получившие свой статус в соответствии с законодательством Кыргызской Республики;

i) термин «компетентный орган» означает:

aa) применительно к Федеративной Республике Германия Федеральное министерство финансов или орган, которому оно передало свои полномочия;

bb) применительно к Кыргызской Республике Министерство экономики и финансов или его уполномоченный представитель.

2. Если из контекста не вытекает иное, то при применении Договаривающимся Государством настоящего Соглашения любой не определенный в Соглашении термин имеет то значение, которое в период действия настоящего Соглашения ему придает законодательство этого Государства о налогах, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, причем значение согласно применяемому в этом Государстве налоговому законодательству преобладает над каким-либо значением, которое данный термин имеет согласно другому законодательству данного Государства.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

Статья 4

Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения термин «резидент Договаривающегося Государства» означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основе своего местожительства, своего постоянного местопребывания, места нахождения своего руководящего органа или иного аналогичного критерия, включая также само это Государство и его административно-территориальные образования. Указанный термин не распространяется, однако, на лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении имущества, расположенного в этом Государстве.

2. В случае если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, применяются следующие положения:

a) Лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом только того Государства, в котором оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);

b) в случае, если не может быть определено, в каком Государстве лицо имеет центр жизненных интересов, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно обычно проживает;

c) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, гражданином которого оно является;

d) если лицо является гражданином обоих Государств или ни одного из них, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

3. В случае если в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи лицо, иное, чем физическое лицо, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположено место нахождения его фактического руководящего органа.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Der Begriff „Betriebsstätte“ umfasst ebenfalls eine Bauausführung oder Montage oder damit zusammenhängende Aufsichtstätigkeiten, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten

Статья 5

Постоянное учреждение

1. Для целей настоящего Соглашения термин «постоянное учреждение» означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое полностью или частично осуществляется деятельность предприятия.

2. Термин «постоянное учреждение», в частности, включает:

a) место управления;

b) филиал;

c) офис;

d) фабрику;

e) мастерскую и

f) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место добычи природных ресурсов.

3. Термин «постоянное учреждение» также включает строительную площадку либо монтажный или сборочный объект, а также связанную с ними надзорную деятельность, если они существуют в течение более 12 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, постоянным учреждением не считаются:

a) объекты, используемые исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;

b) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки;

c) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях обработки или переработки их другим предприятием;

d) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях закупки для предприятия изделий или товаров либо сбора информации для него;

e) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления для предприятия любых иных видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;

f) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления нескольких видов деятельности, перечисленных в подпунктах a) – e) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого совокупная деятельность данного постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 6 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договаривающемся Государстве полномочие на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет в нем данное полномочие, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как имеющее постоянное учреждение в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в

Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machten.

интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное учреждение.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

6. Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное учреждение в Договаривающемся Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

7. Тот факт, что компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства или осуществляет в нем свою деятельность (либо через постоянное учреждение, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное учреждение другой.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доходы от предприятий сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Термин «недвижимое имущество» имеет то значение, которое он имеет по законодательству того Договаривающегося Государства, в котором расположено данное имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства о земельной собственности, права пользования недвижимым имуществом и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов; морские и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, предназначенного для целей оказания независимых личных услуг.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

Статья 7

Прибыль от предпринимательской деятельности

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства облагается налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет свою деятельность упомянутым образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая может быть отнесена к этому постоянному учреждению.

2. В случае если предприятие Договаривающегося Государства осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному учреждению относятся суммы прибыли, которые оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным

предприятием и действуя полностью независимо в отношениях с предприятием, постоянным учреждением которого оно является.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

3. При исчислении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, понесенных для нужд такого постоянного учреждения, включая управленческие и общеадминистративные расходы, независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное учреждение, или где-либо в другом месте.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

4. Если в Договаривающемся Государстве определение прибыли, относящейся к постоянному учреждению, на основе пропорционального распределения суммы прибыли предприятия по его различным подразделениям является обычной практикой, ничто в пункте 2 настоящей статьи не запрещает Договаривающемуся Государству определять налогооблагаемую прибыль посредством такого распределения, как это обычно принято; выбранный метод распределения должен давать результаты, соответствующие принципам, содержащимся в настоящей статье.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

5. Никакая прибыль не относится к постоянному учреждению на основании лишь закупки этим постоянным учреждением товаров или изделий для предприятия.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

6. Для целей предыдущих пунктов настоящей статьи прибыль, относящаяся к постоянному учреждению, определяется ежегодно одним и тем же методом, если только не имеется веской и достаточной причины для его изменения.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

7. В случае, когда прибыль включает виды доходов, о которых говорится отдельно в других статьях настоящего Соглашения, положения этих статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Статья 8

Морской и воздушный транспорт

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства от эксплуатации морских или воздушных судов в международных перевозках может облагаться налогом только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также к прибыли от участия в пуле, совместном предприятии или в международной организации по эксплуатации транспортных средств.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt

Статья 9

Ассоциированные предприятия

1. В случае, когда:

a) предприятие Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства, или

b) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в этих случаях между двумя предприятиями в их коммерческих и финансовых взаимоотношениях создаются или устанавливаются условия, отличные от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то тогда любая прибыль, которая могла бы быть начислена одному из них, но из-за наличия этих условий не была ему начислена, может быть включена в прибыль этого предприятия и соответственно обложена налогом.

2. В случае, когда Договаривающееся Государство включает в прибыль предприятия этого Государства – и соответственно облагает налогом – прибыль, в отношении которой предприятие другого Договаривающегося Государства было подвергнуто налогообложению в этом другом Государстве, и прибыль, включенная таким образом, явля-

hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

ется прибылью, которая была бы начислена предприятию первого упомянутого Государства, если бы отношения между двумя предприятиями были бы такими же, как между независимыми предприятиями, то тогда это другое Государство проведет соответствующую корректировку к сумме начисленного в нем налога на эту прибыль. При определении такой корректировки будут должным образом учтены другие положения настоящего Соглашения; при необходимости компетентные органы Договаривающихся Государств могут консультироваться друг с другом.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden

Статья 10

Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные дивиденды могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором компания, выплачивающая дивиденды, является резидентом, в соответствии с его законодательством; если, однако, фактическим владельцем дивидендов является резидент другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать:

a) 5 процентов от валовой суммы дивидендов, если фактическим владельцем является компания (за исключением партнерства), которая непосредственно располагает не менее чем 25 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании;

b) 15 процентов от валовой суммы дивидендов во всех иных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении сумм прибыли, из которых выплачиваются дивиденды.

3. Термин «дивиденды» при использовании в настоящей статье означает доход от акций, акций «жуиссанс»или прав «жуиссанс», акций горнодобывающей промышленности, акций учредителей или других прав, дающих право на участие в прибыли, за исключением долговых требований, а также другие доходы, которые в соответствии с законодательством того Государства, резидентом которого является компания, распределяющая доход, подлежат такому же налогообложению, как доход от акций, а также суммы, распределяемые по сертификатам паевого инвестиционного фонда.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если фактический владелец, будучи резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через находящееся там постоянное учреждение, или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связан с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения, в зависимости от обстоятельств.

5. В случае если компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, получает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией, за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связан с расположенными в этом другом Государстве постоянным учреждением или постоянной базой, ни под-

oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

вергать суммы прибыли такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt folgendes:

a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Kirgisischen Republik oder die kirgisische Nationalbank gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;

b) Zinsen, die aus der Kirgisischen Republik stammen und für ein durch Gewährleistungen der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen oder an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft gezahlt werden, sind von der kirgisischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

Статья 11

Проценты

1. Проценты, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные проценты могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; если, однако, фактическим владельцем процентов является резидент другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать 5 процентов от валовой суммы процентов.

3. Несмотря на положения пункта 2 настоящей статьи действуют следующие положения:

a) суммы процентов, которые возникли в Федеративной Республике Германия и выплачиваются Правительству Кыргызской Республики или Национальному Банку Кыргызской Республики, освобождаются от германских налогов;

b) суммы процентов, которые возникли в Кыргызской Республике и выплачиваются по кредитам (займам), гарантированным Федеративной Республикой Германия в связи с экспортом или прямыми иностранными инвестициями, или выплачиваются Правительству Федеративной Республики Германия, Немецкому федеральному банку, Кредитанштальту фюр видерауфбау, Германскому обществу по инвестициям и развитию, освобождаются от кыргызских налогов.

4. Термин «проценты» при использовании в настоящей статье означает доход от долговых требований любого вида, вне зависимости от ипотечного обеспечения и от владения правом на участие в прибыли должника, и, в частности, доход от правительственных ценных бумаг и облигаций или долговых обязательств, включая премии и выигрыши по этим ценным бумагам, облигациям или долговым обязательствам. Штрафы за несвоевременную выплату не рассматриваются в качестве процентов для целей настоящей статьи.

5. Положения пунктов 1 – 3 настоящей статьи не применяются, если фактический владелец, будучи резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают проценты, через находящееся там постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и долговое требование, на основании которого выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному учреждению или к такой постоянной базе. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14, в зависимости от обстоятельств.

6. Проценты считаются возникшими в Договаривающемся Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство или одно из его административно-территориальных образований, либо резидент этого Государства. Если, однако, плательщик процентов, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, и если задолженность, по которой выплачиваются проценты, возникла для нужд постоянного учреждения или постоянной базы, и если расходы по выплате процентов несут постоянное учреждение или постоянная база, то проценты счита-

ются возникшими в том Государстве, в котором расположены постоянное учреждение или постоянная база.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

7. Если вследствие особых отношений между плательщиком и фактическим владельцем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма процентов по долговому требованию, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и фактическим владельцем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenz-

Статья 12

Роялти

1. Роялти, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные роялти могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; если, однако, фактическим владельцем роялти является резидент другого Государства, то налог не должен превышать 10 процентов от валовой суммы роялти.

3. Употребляемый в настоящей статье термин «роялти» означает вознаграждения любого вида, которые выплачиваются за использование либо предоставление права использования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, патенты, торговые знаки, образцы или модели, схемы, секретные формулы или технологии, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта. Термин «роялти» также включает вознаграждения любого вида за использование либо предоставление права использования имен, портретов либо иных аналогичных личных прав, а также выплаты за запись представлений артистов и спортсменов, произведенную радио- или телекомпаниями.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если фактический владелец, будучи резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают роялти, через находящееся там постоянное учреждение, или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и права или имущество, в отношении которых выплачиваются роялти, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14, в зависимости от обстоятельств.

5. Роялти считаются возникшими в Договаривающемся Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство или его территориально-административное образование, либо резидент этого Государства. Если, однако, плательщик роялти, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, и если обязательство выплачивать такие роялти было принято для нужд постоянного учреждения или постоянной базы, и если постоянное учреждение или постоянная база несут расходы по выплате роялти, то такие роялти считаются возникшими в том Государстве, в котором расположены постоянное учреждение или постоянная база.

6. Если вследствие особых отношений между плательщиком и фактическим владельцем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма роялти относи-

gebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

тельно объема услуг, лежащих в их основе, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и фактическим владельцем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen – direkt oder indirekt – überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Статья 13

Доходы от отчуждения имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, как оно определено в статье 6 настоящего Соглашения, расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Доходы от отчуждения акций и прочих долей участия в компании, активы которой прямо или косвенно состоят преимущественно из недвижимого имущества, расположенного в Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом Государстве.

3. Доходы от отчуждения движимого имущества, составляющего часть коммерческого имущества постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или движимого имущества, относящегося к постоянной базе в распоряжении резидента Договаривающегося Государства для целей оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, включая доходы от отчуждения такого постоянного учреждения (отдельно или в совокупности с целым предприятием), или такой постоянной базы, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

4. Доходы предприятия Договаривающегося Государства от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках, а также от отчуждения движимого имущества, предназначенного для эксплуатации таких морских или воздушных судов, могут облагаться налогом только в этом Государстве

5. Доходы от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 – 4 настоящей статьи, могут облагаться налогом только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее это имущество.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Статья 14

Независимые личные услуги

1. Доход, получаемый резидентом Договаривающегося Государства от оказания профессиональных услуг или другой деятельности независимого характера, облагается налогом только в этом Государстве, за исключением случая, когда он располагает регулярно доступной ему постоянной базой в другом Договаривающемся Государстве для целей осуществления этой деятельности. Если у него имеется такая постоянная база, доход может облагаться в другом Государстве, но только в той части, которая относится к этой постоянной базе.

2. Термин «профессиональные услуги» включает, в частности, независимую научную, литературную, артистическую, образовательную или преподавательскую деятельность, а также независимую деятельность врачей, юристов, инженеров, архитекторов, стоматологов и экспертов в области бухгалтерского дела.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird

Статья 15

Зависимые личные услуги

1. С учетом положений статей 16, 18 и 19 настоящего Соглашения жалованье, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от работы по найму, облагаются нало-

im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

гом только в этом Государстве, если только работа не выполняется в другом Договаривающемся Государстве. Если работа выполняется в нем, то полученные в этой связи вознаграждения могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, облагаются налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

a) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и

b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства, и

c) расходы по выплате вознаграждений не несут постоянное учреждение или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществляется на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого предприятием Договаривающегося Государства в международных перевозках, могут облагаться налогом в этом Государстве.

Статья 16

Вознаграждения директорам

Вознаграждения членам наблюдательных советов или советов директоров и аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 17

Артисты и спортсмены

1. Независимо от положений статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доход, получаемый резидентом Договаривающегося Государства в качестве работника искусств, такого как артист театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, или в качестве спортсмена от его личной деятельности, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. В случае если доходы от деятельности, лично осуществляемой артистом или спортсменом в этом его качестве, начисляются не самому артисту или спортсмену, а иному лицу, то эти доходы, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором артист или спортсмен осуществляет свою деятельность.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляемой артистами или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их пребывание в этом Государстве полностью или преимущественно финансируется за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства или его административно-территориальных образований, либо организацией, признанной в этом другом Государстве общественно полезной (благотворительной). В таком случае доходы могут облагаться только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является артист или спортсмен.

Artikel 18

Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter oder ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „ähnliche Vergütungen“ im Sinne von Absatz 1 umfasst auch Renten. Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Статья 18

Пенсии и аналогичные выплаты

1. С учетом положений пункта 2 статьи 19 настоящего Соглашения пенсии или аналогичные выплаты, которые получает резидент Договаривающегося Государства из другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве.

2. Выплаты, которые получает физическое лицо, являющееся резидентом Договаривающегося Государства, за счет фонда обязательного социального страхования другого Договаривающегося Государства, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

3. Периодические и единовременные вознаграждения, которые выплачивает Договаривающееся Государство или одно из его административно-территориальных образований резиденту другого Договаривающегося Государства в возмещение ущерба, понесенного вследствие политического преследования, в возмещение противозаконности или ущерба вследствие военных действий (включая компенсационные выплаты и пособия), обязательной военной или альтернативной гражданской службы, или преступления, прививки или аналогических событий, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи.

4. Термин «аналогичные выплаты» в понимании пункта 1 настоящей статьи включает в том числе и аннуитет. Термин «аннуитет» означает определенную сумму, которая регулярно выплачивается в установленные сроки, пожизненно или на протяжении определенного либо определимого периода времени, на основании обязательства, предусматривающего эти выплаты в качестве возмещения за адекватную услугу, предоставленную деньгами или материальными ценностями.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland der anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland der anderen juristischen Person des

Статья 19

Государственная служба

1.

a) Жалованье, заработная плата и другие подобные вознаграждения, за исключением пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его административно-территориальных образований, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иным юридическим лицом публично-правового статуса физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства или административно-территориального образования, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

b) Однако, такое жалованье, заработная плата и другие подобные вознаграждения могут облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если служба осуществляется в этом Государстве и физическое лицо является резидентом этого Государства, которое:

aa) является национальным лицом этого Государства или

bb) стало резидентом данного Государства не только лишь в целях осуществления службы.

2.

a) Пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его административно-территориальных образований, а в отношении Федеративной Республики Германия - и иным юридическим лицом публично-правового статуса физическому лицу за службу, осуществленную для этого Государства или администра-

öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften oder im Falle der Bundesrepublik Deutschland einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts erbracht werden, ist Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Haushaltsmitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Vergütungen, die vom Goethe-Institut oder vom Deutschen Akademischen Austauschdienst der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 15.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden,

тивно-территориального образования, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

b) Указанные пенсии могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого другого Государства.

3. В отношении вознаграждений и пенсий за услуги, оказываемые в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иного юридического лица публично-правового статуса, применяются положения статьи 15, 16, 17 или 18 настоящего Соглашения.

4. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках программы технического сотрудничества Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований за счет бюджетных средств, выделяемых исключительно этим Государством или этим административно-территориальным образованием, специалистам или добровольным помощникам, направленным в другое Договаривающееся Государство с его согласия.

5. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым Институтом имени Гете или Германской службой академических обменов Федеративной Республики Германия. Компетентные органы, по взаимному согласию, могут обусловиться о применении соответствующего подхода к вознаграждениям иных аналогичных учреждений Договаривающихся Государств. Если указанные вознаграждения не облагаются налогом в государстве-учредителе учреждения, то действуют положения статьи 15 настоящего Соглашения.

Статья 20

Преподаватели, учителя и студенты

1. Физическое лицо, находящееся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшего учебного заведения, школы, музея или какого-либо иного учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рамках официального культурного обмена в этом Договаривающемся Государстве не более двух лет исключительно с целью осуществления преподавательской деятельности, чтения лекций или осуществления исследовательской деятельности в указанном учреждении и являющееся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшееся таковым, освобождается от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения получены из источников за пределами этого Государства.

2. Выплаты, предназначенные для проживания, учебы или подготовки, которые получает студент, практикант или учащийся, находящийся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью учебы или подготовки и являющийся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшийся таковым, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Другие доходы

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые не рассматривались в предыдущих

können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

статьях настоящего Соглашения, независимо от их происхождения могут облагаться налогом только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества согласно пункту 2 статьи 6 настоящего Соглашения, если получатель таких доходов, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и право или имущество, в отношении которых выплачиваются эти доходы, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения, в зависимости от обстоятельств.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Статья 22

Имущество

1. Недвижимое имущество, упомянутое в статье 6 настоящего Соглашения, принадлежащее резиденту Договаривающегося Государства и расположенное в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Движимое имущество, представляющее собой коммерческое имущество постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Морские или воздушные суда, эксплуатируемые предприятием Договаривающегося Государства в международных перевозках, а также движимое имущество, предназначенное для эксплуатации таких морских или воздушных судов, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

4. Все иные элементы имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Kirgisischen Republik sowie die in der Kirgisischen Republik gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Kirgisischen Republik besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

   Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Kirgisischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

   Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls

Статья 23

Устранение двойного налогообложения в государстве резидентства

1. Применительно к резиденту Федеративной Республики Германия налоги устанавливаются следующим образом.

a) Из налоговой базы германских налогов исключаются доходы из Кыргызской Республики, а также расположенные в Кыргызской Республике имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут облагаться налогом в Кыргызской Республике и не подпадают под действие подпункта b) настоящего пункта.

   Применительно к доходам от дивидендов предыдущие положения применяются только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компании (за исключением партнерства), являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Кыргызской Республики, капитал которой принадлежит не менее чем на 25 процентов непосредственно германской компании, и если они не были вычтены при исчислении прибыли компании, выплачивающей дивиденды.

   Для целей налогообложения имущества из налоговой базы германских налогов исключаются также долевые участия, дивиденды по которым, если бы они выпла-

solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die kirgisische Steuer angerechnet, die nach kirgisischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;

bb) Zinsen;

cc) Lizenzgebühren;

dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Kirgisischen Republik besteuert werden können;

ee) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;

ff) Einkünfte im Sinne des Artikels 17.

c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Kirgisischen Republik ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.

e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

чивались, подлежали бы исключению из налоговой базы согласно положениям предыдущих частей настоящего подпункта.

b) С учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов при обложении германскими налогами, взимаемыми с дохода, применительно к нижеприведенным доходам производится зачет кыргызских налогов, уплаченных по этим доходам согласно законодательству Кыргызской Республики и в соответствии с настоящим Соглашением:

aa) дивидендам, не подпадающим под действие подпункта a) настоящего пункта;

bb) процентам;

cc) роялти;

dd) доходам, которые согласно пункту 2 статьи 13 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Кыргызской Республике;

ee) вознаграждениям членам наблюдательных советов и советов директоров;

ff) доходам в понимании статьи 17 настоящего Соглашения.

c) В отношении доходов в понимании статей 7 и 10 настоящего Соглашения и имущественных ценностей, лежащих в их основе, вместо положений подпункта a) настоящего пункта применяются положения подпункта b) настоящего пункта, если резидент Федеративной Республики Германия не представляет подтверждения о том, что постоянное учреждение в хозяйственном (отчетном) году, в котором оно извлекло прибыль, или компания, являющаяся резидентом Кыргызской Республики, в хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получали свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 – 6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах; то же положение действует в отношении недвижимого имущества, предназначенного для нужд постоянного учреждения, и доходов, извлеченных из него (пункт 4 статьи 6 настоящего Соглашения), а также в отношении сумм прибыли от отчуждения данного недвижимого имущества (пункт 1 статьи 13 настоящего Соглашения) и движимого имущества, представляющего собой коммерческое имущество постоянного учреждения (пункт 3 статьи 13 настоящего Соглашения).

d) Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать доходы или имущественные ценности, изъятые из обложения германскими налогами, при установлении налоговой ставки, применяемой в Германии.

e) Несмотря на положения подпункта a) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом b) настоящего пункта,

aa) если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям настоящего Соглашения или причисляются разным лицам (кроме случаев согласно статье 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения, и когда ввиду такого различного отнесения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не были бы подвергнуты налогообложению или были бы подвергнуты меньшему налогообложению, чем при отсутствии такого конфликта, либо

bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vom ersten Tag des Kalenderjahrs vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) Bei einer in der Kirgisischen Republik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Bezieht eine in der Kirgisischen Republik ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögenswerte, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so gestattet die Kirgisische Republik:

aa) von der Steuer auf die Einkünfte dieser ansässigen Person einen Abzug in Höhe der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Einkommensteuer;

bb) von der Steuer auf das Vermögen dieser ansässigen Person einen Abzug in Höhe der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer auf das Vermögen.

Diese Abzüge dürfen jedoch in keinem Fall den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

b) Sind Einkünfte oder Vermögen einer in der Kirgisischen Republik ansässigen Person nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der Steuer in der Kirgisischen Republik befreit, kann die Kirgisische Republik gleichwohl die von der Steuer befreiten Einkünfte oder Vermögenswerte bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der ansässigen Person berücksichtigen.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen personenbezogene Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

bb) если Федеративная Республика Германия после консультаций уведомляет по дипломатическим каналам об иных доходах, к которым она предполагает применять метод налогового зачета согласно подпункту b). Двойное налогообложение в отношении указанных доходов устраняется путем налогового зачета согласно подпункту b) с первого дня календарного года, следующего за календарным годом, в котором было передано уведомление.

2. Применительно к резиденту Кыргызской Республики налоги устанавливаются следующим образом.

a) Если резидент Кыргызской Республики получает доход или владеет имуществом, которые в соответствии с положениями настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, Кыргызская Республика позволит:

aa) вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную подоходному налогу, уплаченному в Федеративной Республике Германия.

bb) вычесть из налога на имущество этого резидента сумму, равную налогу на имущество, выплаченную в Федеративной Республике Германия.

Эти вычеты в любом случае не должны превышать часть налога на доход или на имущество, которая была исчислена в Кыргызской Республике до предоставления вычета, относящегося к доходу или имуществу, который, соответственно, может облагаться налогом в Федеративной Республике Германия.

b) Если согласно любым положениям настоящего Соглашения полученный доход или имущество резидента Кыргызской Республики освобождается от налога в Кыргызской Республике, Кыргызская Республика может, тем не менее, при подсчете суммы налога на остальную часть дохода или имущества этого резидента принять во внимание освобожденный от налога доход или имущество.

Статья 24

Недискриминация

1. Национальные лица Договаривающегося Государства не подвергаются в другом Договаривающемся Государстве иному или более обременительному налогообложению, или связанному с ним обязательству, чем налогообложению или связанным с ним обязательствам, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица этого другого Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства. Несмотря на положения статьи 1 настоящего Соглашения, данное положение применяется также к лицам, не являющимся резидентами ни одного из Договаривающихся Государств.

2. Лица без гражданства, являющиеся резидентами Договаривающегося Государства, не подвергаются ни в каком из Договаривающихся Государств иному или более обременительному налогообложению, или связанному с ним обязательству, чем налогообложению или связанным с ним обязательствам, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица данного Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства.

3. Налогообложение постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, не должно быть менее благоприятным, чем налогообложение предприятий этого другого Государства, осуществляющих подобную деятельность в этом другом Государстве. Это положение не должно истолковываться как обязывающее Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства какие-либо личные льготы, вычеты и скидки для целей налогообложения на основе их граж-

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander ver-

данского статуса или семейных обязательств, которые оно предоставляет своим собственным резидентам.

4. За исключением случаев, когда применяются положения пункта 1 статьи 9, пункта 7 статьи 11 или пункта 6 статьи 12, проценты, роялти и другие выплаты, производимые предприятием Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, должны для целей определения налогооблагаемой прибыли такого предприятия подлежать вычету на тех же самых условиях, как если бы они выплачивались резиденту первого упомянутого Государства. Аналогично любая задолженность предприятия Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства должна для целей определения налогооблагаемого имущества этого предприятия подлежать вычету на тех же самых условиях, что и задолженность резиденту первого упомянутого Государства.

5. Предприятия Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично принадлежит одному или нескольким резидентам либо прямо или косвенно контролируется одним или несколькими резидентами другого Договаривающегося Государства, не подвергаются в первом упомянутом Государстве иному или более обременительному налогообложению, или связанному с ним обязательству, чем налогообложению или связанным с ним обязательствам, которым подвергаются или могут подвергаться другие подобные предприятия этого первого упомянутого Государства.

6. Несмотря на положения статьи 2 настоящего Соглашения, положения настоящей статьи применяются к налогам любого рода и вида.

Статья 25

Процедура взаимного согласования

1. Если лицо считает, что действия Договаривающегося Государства или обоих из них приводят или приведут к налогообложению по отношению к нему, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, без ущерба для правовых средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, а в случае, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 24 настоящего Соглашения, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действии, приведшем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

2. Если указанный компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии прийти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутое путем согласования урегулирование должно выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранять по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также консультироваться о том, как избежание двойного налогообложения может быть достигнуто в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств могут вступать в прямые контакты друг с другом, включая создание совместной комиссии, членами которой могут

kehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

быть сами компетентные органы или их представители, в целях достижения согласования в понимании предыдущих пунктов настоящей статьи.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Статья 26

Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статьи 1 настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимся Государством информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, принудительным взысканием или уголовным преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

2. Ни в каком случае положения пункта 1 настоящего Соглашения не должны толковаться как обязывающие Договаривающееся Государство:

a) проводить для предоставления информации административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;

b) предоставлять информацию, которую нельзя получить по законодательству или в ходе обычной административной практики этого или другого Договаривающегося Государства;

c) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, предпринимательскую, промышленную или профессиональную тайну либо торговый процесс, или информацию, раскрытие которой противоречило бы государственной политике (общественному порядку).

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für die Zwecke dieses Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

Статья 27

Сотрудники дипломатических представительств и работники консульских учреждений

1. Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

2. Если доходы или имущество в Государстве пребывания не облагаются налогом в силу налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений, то право налогообложения имеет аккредитующее Государство.

3. Несмотря на положения статьи 4 настоящего Соглашения, физическое лицо, являющееся сотрудником дипломатического представительства или работником консульского учреждения Договаривающегося Государства, расположенного в другом Договаривающемся Государстве или в третьем Государстве, считается резидентом аккредитующего Государства, если оно:

a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenem Vermögen nicht steuerpflichtig ist und

b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie die in diesem Staat ansässigen Personen.

(4) Dieses Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamten und für Personen, die Mitglieder einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines dritten Staates sind und die sich in einem Vertragsstaat aufhalten und in keinem der Vertragsstaaten für die Zwecke der Steuern vom Einkommen oder Vermögen als ansässig gelten.

a) согласно международному праву в Государстве пребывания не подлежит налогообложению в отношении доходов из источников за пределами этого Государства или имущества, расположенного за пределами этого Государства, и

b) в аккредитующем Государстве подвергается тем же обязанностям в отношении налогообложения его совокупного дохода или его имущества, как лица, являющиеся резидентами этого Государства.

4. Настоящее Соглашение не применяется ни к международным организациям, их органам или должностным лицам, ни к лицам, которые являются сотрудниками дипломатических представительств или работниками консульских учреждений третьего Государства и пребывают в Договаривающемся Государстве, и которые для целей налогообложения доходов и имущества не считаются резидентами ни одного из Договаривающихся Государств.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden:

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens ist das Abkommen vom 24. November 1981 der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik nicht mehr anzuwenden auf die Steuern, für die dieses Abkommen nach Absatz 2 anzuwenden ist.

Статья 28

Вступление в силу

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами состоится в возможно короткие сроки.

2. Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах:

a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу;

b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу.

3. С вступлением настоящего Соглашения в силу Соглашение Союза Советских Социалистических Республик и Федеративной Республики Германии об избежании двойного налогообложения доходов и имущества, подписанное 24 ноября 1981 года, в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Кыргызской Республикой перестает применяться по отношению к налогам, к которым согласно положениям статьи 2 применяется настоящее Соглашение.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Als Kündigungsdatum gilt der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Статья 29

Прекращение действия

Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года. Датой денонсации считается день получения другим Договаривающимся Государством такого уведомления. В таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;

b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

Geschehen zu Bischkek am 1. Dezember 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher, kirgisischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des kirgisischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Совершено в г. Бишкеке 1 декабря 2005 года в двух экземплярах, каждый на немецком, кыргызском и русском языках, причем все тексты являются аутентичными. При различном толковании немецкого и кыргызского текстов текст на русском языке будет считаться определяющим.

Für die Bundesrepublik Deutschland

За Федеративную Республику Германия

Franz Eichinger

Für die Kirgisische Republik

За Кыргызскую Республику

A. Shaparow

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Kirgisischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
vom 1. Dezember 2005

Протокол
к соглашению
между Федеративной Республикой Германия
и Кыргызской Республикой
об избежании двойного налогообложения
и предотвращении уклонения от налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество
от 1 декабря 2005 года

Die Bundesrepublik Deutschland und die Kirgisische Republik haben ergänzend zum Abkommen vom 1. Dezember 2005 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

1.

Der Ausdruck „Gebietskörperschaften“ umfasst in der Bundesrepublik Deutschland auch die Länder.

2. Zu den Artikeln 6 bis 22:

a) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch das Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

b) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des dritten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugssteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

c) Ungeachtet des Buchstabens a wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach dem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

d) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.

e) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieser Bestimmungen regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Федеративная Республика Германия и Кыргызская Республика в дополнение к Соглашению об избежании двойного налогообложения и предотвращении уклонения от налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество от 1 декабря 2005 года согласовали следующие положения:

1.

Применительно к Федеративной Республике Германия термин «административно-территориальные образования» включает федеральные земли.

2. К статьям 6 – 22

a) Если в Договаривающемся Государстве налоги с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов, получаемых резидентом другого Договаривающегося Государства, взимаются путем удержания, то право первого упомянутого Государства на производство удержания налога по ставке согласно его национальному законодательству Соглашением не затрагивается. Налог, взимаемый путем удержания, по заявлению налогоплательщика подлежит возврату тогда и постольку, когда и поскольку он в силу Соглашения уменьшается либо отпадает.

b) Заявления на налоговый возврат подаются до истечения третьего года, следующего за календарным годом, в котором устанавливаются налоги, удерживаемые у источника с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов.

c) Несмотря на положения подпункта a) настоящего пункта, каждое Договаривающееся Государство будет создавать процедуры для того, чтобы выплата доходов, согласно Соглашению не подлежащих налогообложению в государстве-источнике доходов или подлежащих в нем уменьшенному налогообложению, будут осуществляться без удержания налога или с удержанием лишь налога, предусмотренного в соответствующей статье Соглашения.

d) Договаривающееся Государство, в котором возникли доходы, может потребовать подтверждения компетентного органа о резидентстве в другом Договаривающемся Государстве.

e) Компетентные органы по взаимному согласию могут урегулировать применение настоящих положений и, по необходимости, устанавливать иные процедуры по реализации налоговых снижений или освобождений, предусмотренных Соглашением.

3. Zu den Artikeln 6 bis 23:

a) Das Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es

aa) einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden;

bb) die Bundesrepublik Deutschland, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind.

b) Führen die Bestimmungen des Buchstabens a zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

3. К статьям 6 – 23

a) Соглашение нельзя истолковывать, будто оно препятствует:

aa) применению Договаривающимся Государством его национальных правовых актов по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов;

bb) налогообложению Федеративной Республикой Германия сумм, которые согласно Четвертой части Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах подлежат включению в доходы резидента Федеративной Республики Германия.

b) Если положения подпункта a) настоящего пункта ведут к двойному налогообложению, то компетентные органы в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 Соглашения вступают во взаимные консультации о методах избежания такого двойного налогообложения.

4. Zu Artikel 7:

a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine Geschäftstätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist;

b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.

d) Kein Abzug wird für Beträge zugelassen, die von der Betriebsstätte (außer zur Erstattung tatsächlicher Ausgaben) an das Stammhaus oder an eine andere Betriebsstätte dieses Unternehmens gezahlt werden oder der Betriebsstätte vom Stammhaus oder von einer anderen Betriebsstätte dieses Unternehmens in Rechnung gestellt werden in Form von

aa) Lizenzgebühren oder ähnlichen Vergütungen für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten,

bb) Vergütungen für besondere Dienstleistungen oder Managementleistungen oder

4. К статье 7

a) Если предприятие Договаривающегося Государства продает изделия или товары через постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве или осуществляет в нем коммерческую деятельность, то суммы прибыли данного постоянного учреждения исчисляются не на основе вырученной предприятием при этом совокупной суммы, а лишь на основе той суммы, которая может быть отнесена к фактической продажной или коммерческой деятельности постоянного учреждения.

b) Если предприятие имеет постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве, то суммы прибыли данного постоянного учреждения, полученные либо в связи с контрактами, в частности, о проектировании, поставке, монтаже или строительстве промышленного, коммерческого или научного оборудования или объекта, либо в связи с государственными заказами, исчисляются не на основе совокупной цены контракта, а лишь на основе той части контракта, которая фактически выполняется постоянным учреждением в том Договаривающемся Государстве, в котором оно расположено. Суммы прибыли от поставки промышленного, коммерческого или научного оборудования постоянному учреждению или суммы прибыли в связи с той частью контракта, которая выполняется в том Договаривающемся Государстве, в котором находится местонахождение головного подразделения предприятия, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

c) Вознаграждения за технические услуги, включая аналитические разработки или проекты научного, геологического либо технического характера, за контракты о конструкции, включая принадлежащие к ним чертежи, или за деятельность по консультированию или надзору (мониторингу) считаются вознаграждениями, к которым применяются положения статьи 7 или статьи 14 Соглашения.

d) Не допускается вычет сумм (за исключением сумм возмещения фактических расходов), которые постоянным учреждением выплачиваются головному подразделению или другому постоянному учреждению данного предприятия или которые головным подразделением или другим постоянным учреждением этого предприятия начисляются постоянному учреждению в виде:

aa) роялти и подобных вознаграждений за пользование патентами или другими правами,

bb) вознаграждений за оказание специальных услуг или услуг по менеджменту либо

cc) Zinsen für ein der Betriebsstätte gewährtes Darlehen, sofern es sich nicht um Bankunternehmen handelt.

5. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen, nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und

b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

6. Zu Artikel 26:

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund des Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.

e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnden Stelle verursacht worden ist.

cc) процентов за кредиты (займы), предоставленные постоянному учреждению, в тех случаях, когда речь не идет о банковских предприятиях.

5. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения статей 10 и 11 Соглашения, дивиденды и проценты, возникшие в Федеративной Республике Германия, могут облагаться налогом в соответствии с законодательством Федеративной Республики Германия, если они:

a) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли, включая доходы негласного участника, получаемые им от своего долевого участия в качестве негласного участника, доходы от кредитов (займов), наделенных правом на участие в прибыли, а также от облигаций с правом на участие в прибыли в понимании налогового законодательства Федеративной Республики Германия, и

b) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика сумм дивидендов или процентов.

6. К статье 26

Если в соответствии с национальным законодательством на основании Соглашения передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых актов каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения.

a) Использование сведений принимающим учреждением допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением.

b) Принимающее учреждение ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.

c) Сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения.

d) Передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежавшие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.

e) По заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его сведений, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не является обязательной, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказывать в выдаче справки превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в ее получении. В остальном права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка.

f) Если кому-либо противоправно причиняется ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по Соглашению, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждением.

g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

g) Если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.

h) Передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.

i) Передающее и принимающее учреждения обязаны действенно охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

Denkschrift zum Abkommen und zum Protokoll

I. Allgemeines

Das in Bischkek am 1. Dezember 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen löst das alte, noch mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossene und im Verhältnis zur Kirgisischen Republik weitergeltende Abkommen vom 24. November 1981 (BGBl. 1983 II S. 2) ab. Dieses Abkommen ist durch die wirtschaftliche Entwicklung der Kirgisischen Republik überholt und muss deshalb durch einen modernen und den Anforderungen der gegenwärtigen Verhältnisse besser angepassten Vertrag ersetzt werden. Das Abkommen entspricht weitgehend dem OECD-Musterabkommen. Hierdurch trägt es zur Vereinheitlichung auf diesem Gebiet bei.

Das Protokoll mit einigen das Abkommen ergänzenden Regelungen ist Bestandteil des Abkommens.

Dem OECD-Musterabkommen weitgehend folgend, regeln die Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Vertrages sowie die für die Anwendung des Abkommens notwendigen allgemeinen Begriffsbestimmungen. Die Artikel 6 bis 22 weisen dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Besteuerungsrechte für die einzelnen Einkunftsarten und für das Vermögen zu. Artikel 23 enthält die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Ansässigkeitsstaat für die Einkünfte und Vermögenswerte, die der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuern darf. Die Artikel 24 bis 29 regeln den Schutz vor Diskriminierung, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten des Abkommens sowie andere Fragen. Das Protokoll ergänzt das Abkommen um einige klarstellende Bestimmungen sowie um die Klauseln zum Schutz personenbezogener Daten.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen Anwendung findet (subjektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezeichnet die in den Geltungsbereich des Abkommens fallenden Steuern.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält in Absatz 1 allgemeine Begriffsbestimmungen für einige im Abkommen verwendete Begriffe, die für die Anwendung des Abkommens von besonderer Bedeutung sind. Absatz 2 enthält die übliche Regel, dass im Abkommen nicht bestimmte Begriffe entsprechend dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats auszulegen sind, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt den für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgeblichen Begriff der Ansässigkeit. Nach Absatz 1 wird hierbei grundsätzlich an das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten angeknüpft. In den Fällen der Doppelansässigkeit regeln die Absätze 2 und 3 nach bestimmten Merkmalen, welcher der beiden Staaten für die Abkommensanwendung als Ansässigkeitsstaat gilt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt den Begriff der Betriebsstätte, der die Grundlage der Besteuerung gewerblicher Einkünfte bildet.

In Absatz 1 wird der Ausdruck „Betriebsstätte“ allgemein umschrieben. Eine nicht abschließende Aufzählung von typischen Beispielen enthält Absatz 2. Bauausführungen und Montagen sowie damit verbundene Aufsichtstätigkeiten gelten nach Absatz 3 nur dann als Betriebsstätten, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet. Absatz 4 enthält die Negativabgrenzung zum Begriff der Betriebsstätte. Die Absätze 5, 6 und 7 enthalten weitere dem OECD-Musterabkommen nachgebildete Abgrenzungsvorschriften zum abhängigen und unabhängigen Vertreter sowie zur Eigenständigkeit von verbundenen Gesellschaften.

Zu Artikel 6

Die Absätze 1 und 3 bestimmen, dass Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen oder der Nutzung von unbeweglichem Vermögen im Belegenheitsstaat besteuert werden können. Das gilt nach Absatz 4 auch für Betriebsgrundstücke. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „unbewegliches Vermögen“.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne.

Absatz 1 enthält das Betriebsstättenprinzip. Hiernach darf ein Vertragsstaat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen mit Sitz im anderen Vertragsstaat nur insoweit besteuern, als der Gewinn einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen ist. Die Absätze 2 bis 6 enthalten Ermittlungs- und Zurechnungsvorschriften für Betriebsstättengewinne. Nummer 4 Buchstabe a und b des Protokolls zum Abkommen enthält hierzu klarstellende und ergänzende Regelungen wie das Verbot der Liefergewinnbesteuerung. Auf Wunsch der Kirgisischen Republik wurde in Nummer 4 Buchstabe d des Protokolls entsprechend dem Muster der Vereinten Nationen für ein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern eine Regelung aufgenommen, wonach die Erhebung von Lizenzgebühren und ähnlichen Zahlungen, von Vergütungen für besondere Dienstleistungen oder Managementleistungen sowie von Zinsen (außer bei Bankunternehmen) im Verhältnis zwischen Stammhaus und Betriebsstätte beiderseits nicht zulässig ist, es sei denn, es handelt sich um Kostenerstattungen. Absatz 7 bestimmt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den übrigen durch das Abkommen geregelten Einkunftsarten. Zur Abgrenzung von Unternehmensgewinnen und Lizenzgebühren wurde in Nummer 4 Buchstabe c des

Protokolls zum Abkommen eine klarstellende Regelung getroffen.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, dass Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur in dem Staat besteuert werden dürfen, in dem das Unternehmen ansässig ist, das die Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibt.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, dass das Abkommen einer Berichtigung von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Dividenden.

Absatz 1 enthält den Grundsatz, dass die Dividendenausschüttungen im Wohnsitzstaat des Anteilseigners besteuert werden dürfen.

Nach Absatz 2 darf daneben auch der Quellenstaat eine Steuer erheben. Diese Steuer darf jedoch 5 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn die nutzungsberechtigte Gesellschaft mindestens 25 v. H. der Anteile an der ausschüttenden Gesellschaft hält. In den übrigen Fällen darf die Quellensteuer grundsätzlich 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Die deutsche Quellenbesteuerung ist nach Nummer 5 des Protokolls jedoch nicht begrenzt, soweit die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen (insbesondere Einkünfte eines stillen Gesellschafters) und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Absatz 3 bestimmt den Begriff der Dividenden im Einzelnen. Die Absätze 4 und 5 enthalten den Betriebsstättenvorbehalt und ergänzende Bestimmungen zur Abgrenzung des Besteuerungsrechts, die auch im OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen enthält verfahrensmäßige Regelungen zur Umsetzung der in Absatz 2 vorgesehenen Steuerermäßigung. So sind innerstaatlich geregelte oder zwischen den Behörden der Vertragsstaaten vereinbarte Verfahren zur Freistellung oder Erstattung von Quellensteuern vorzusehen. Die Antragsfrist zur Erstattung von Abzugsteuern wird auf drei Jahre nach dem Ende des Jahres der Festsetzung der Abzugssteuer festgelegt. Entsprechendes gilt auch für Zinsen, Lizenzgebühren und sonstige Zahlungen, für die das Abkommen Steuerermäßigungen oder -befreiungen vorsieht.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat des Gläubigers der Zinsen zu. Nach Absatz 2 hat jedoch auch der Quellenstaat ein Besteuerungsrecht; die Quellensteuer darf jedoch 5 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Nach Absatz 3 sind Zinsen ganz von der Quellensteuer befreit, wenn Empfänger der Zinsen die jeweilige Regierung oder eine bestimmte staatliche Einrichtung ist oder wenn das Darlehen im Zusammenhang mit einer Hermes-Deckung steht. Die deutsche Quellenbesteuerung ist nach Nummer 5 des Protokolls jedoch nicht begrenzt, soweit die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Die Absätze 4 bis 7 enthalten die Definition des Zinsbegriffs, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Vorschrift zur Vermeidung einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Abkommensvorteilen bei der Zinsbesteuerung und andere ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Absatz 1 bestimmt, dass Lizenzgebühren im Wohnsitzstaat des Gläubigers besteuert werden dürfen. Nach Absatz 2 darf daneben auch der Quellenstaat eine Steuer erheben, die jedoch auf 10 v. H. des Bruttobetrags der Lizenzgebühren begrenzt ist. Die Absätze 3 bis 6 enthalten die Definition der Lizenzgebühren, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Missbrauchsvermeidungsvorschrift und andere, im Wesentlichen dem OECD-Musterabkommen entnommene, ergänzende Bestimmungen.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Nach Absatz 5 ist das Besteuerungsrecht für Veräußerungsgewinne grundsätzlich allein dem Wohnsitzstaat vorbehalten.

Der Quellenstaat hat jedoch nach den Absätzen 1 bis 3 ebenfalls ein Besteuerungsrecht für Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen, von Aktien an Gesellschaften mit überwiegendem Grundbesitz in diesem Staat, von beweglichem Betriebsstättenvermögen und von beweglichem Vermögen einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung.

Bei den Gewinnen aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, hat nach Absatz 4 ausschließlich der Ansässigkeitsstaat des das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibenden Unternehmens das Besteuerungsrecht.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit.

Nach Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Nur soweit Einkünfte in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene feste Einrichtung erzielt werden, hat der Tätigkeitsstaat ein Besteuerungsrecht. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „freier Beruf“.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit.

Grundsätzlich hat nach Absatz 1 der Staat das Besteuerungsrecht, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird. Werden jedoch Arbeitnehmer inländischer Unternehmen nur vorübergehend im anderen Vertragsstaat tätig, so wird dieser Grundsatz durch Absatz 2 unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt. Das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr kann nach Absatz 3 im Ansässigkeitsstaat des das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibenden Unternehmens besteuert werden.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung von Künstlern und Sportlern.

Nach Absatz 1 dürfen Künstler und Sportler stets im Tätigkeitsstaat besteuert werden. Dies gilt nach Absatz 2 auch, wenn die Einkünfte dem Künstler oder Sportler nicht unmittelbar selbst zufließen. Das Besteuerungsrecht geht nach Absatz 3 auf den Wohnsitzstaat über, wenn der Aufenthalt des Künstlers oder Sportlers im anderen Staat ganz oder überwiegend durch den Wohnsitzstaat oder eine dortige, als gemeinnützig anerkannte Einrichtung finanziert wird.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Ruhegehältern und ähnlichen Vergütungen sowie Renten.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für diese Zahlungen – mit Ausnahme der Pensionen aus öffentlichen Kassen – grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Bei Bezügen aus der gesetzlichen Sozialversicherung hat nach Absatz 2 jedoch der Kassenstaat das alleinige Besteuerungsrecht. Nach Absatz 3 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Kriegsrenten, Wiedergutmachungsleistungen und ähnliche Zahlungen. Absatz 4 enthält Definitionen der Begriffe „ähnliche Vergütungen“ und „Rente“.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Vergütungen aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Nach Absatz 1 kann grundsätzlich nur der Kassenstaat diese Vergütungen besteuern. Dies gilt auch dann, wenn die Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Das Besteuerungsrecht geht auf den Tätigkeitsstaat über, wenn der Vergütungsempfänger ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder im Tätigkeitsstaat nicht ausschließlich deshalb ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten (Ortskräfte). Entsprechendes gilt nach Absatz 2 für Ruhegehälter im öffentlichen Dienst.

Absatz 3 enthält die Regelung, dass für Vergütungen aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit gewerblicher Tätigkeit eines Vertragsstaats die allgemeinen Regeln des Abkommens gelten.

Nach Absatz 4 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Vergütungen an entsandtes Personal im Rahmen von staatlichen Entwicklungshilfeprogrammen sowie nach Absatz 5 für Vergütungen an Mitarbeiter des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Nach dem gemeinsamen Verständnis beider Vertragsparteien gilt Absatz 5 unabhängig davon, ob die Zahlungen direkt von der genannten Einrichtung oder indirekt über eine andere Kasse an die Mitarbeiter geleistet werden. Nach dem anlässlich der zweiten Verhandlungsrunde unterzeichneten Memorandum vom 26. Oktober 2000 kamen beide Delegationen überein, dass die Deutsche Botschaft Bischkek auf Nachfrage bestätigen wird, ob ein Mitarbeiter des Goethe-Instituts oder des DAAD unter die Regelungen in Artikel 19 Abs. 1, 2 und 5 des Abkommens fällt.

Zu Artikel 20

Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen zur Förderung des Austauschs von Lehrkräften, Studenten und Auszubildenden (einschließlich Praktikanten) Zahlungen aus ausländischen Quellen an diesen Personenkreis im Gaststaat unter bestimmten Bedingungen nicht besteuert werden; für Lehrende gilt diese Bestimmung nur für einen Aufenthalt von höchstens zwei Jahren.

Zu Artikel 21

Nach Absatz 1 können alle nicht ausdrücklich im Abkommen genannten Einkünfte nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden. Das gilt nach Absatz 2 dieses Artikels jedoch nicht, wenn die Einkünfte einer im anderen Staat belegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung zuzuordnen sind (Betriebsstättenvorbehalt).

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Nach Absatz 4 hat grundsätzlich nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht. Unbewegliches Vermögen und Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung gehört, kann abweichend von diesem Grundsatz nach den Absätzen 1 und 2 durch den Belegenheitsstaat besteuert werden.

Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen nach Absatz 3 nur im Ansässigkeitsstaat des die Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibenden Unternehmens besteuert werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Ansässigkeitsstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten behebt, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet eine Doppelbesteuerung bei den wichtigsten Einkünften, wie z. B. bei Einkünften aus einer Betriebsstätte in der Kirgisischen Republik und bei Dividendenausschüttungen einer in der Kirgisischen Republik ansässigen Gesellschaft bei einer Mindestbeteiligung von 25 v. H., nach Absatz 1 Buchstabe a durch Freistellung.

Entsprechendes gilt für die (derzeit nicht zu erhebende) Vermögensteuer.

Bei Einkünften, die nicht nach Absatz 1 Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt werden, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 1 Buchstabe b durch Anrechnung der kirgisischen Steuer auf die deutsche Steuer beseitigt. Dies gilt insbesondere für Dividendenbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen, Zinsen, Lizenzgebühren, Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen sowie für Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

Absatz 1 Buchstabe c sieht statt der Freistellungsmethode nach Buchstabe a die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b vor, wenn die Einkünfte nicht aus aktiver Tätigkeit stammen. Darüber hinaus hat sich Deutschland in Absatz 1 Buchstabe e im Interesse der Vermeidung einer doppelten Steuerbefreiung oder einer sonstigen ungerechtfertigten Inanspruchnahme des Abkommens einen Wechsel von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode vorbehalten.

Bei Einkünften, die nach diesem Abkommen von der Steuer freigestellt sind, hat sich Deutschland nach Absatz 1 Buchstabe d das Recht gesichert, diese in den Progressionsvorbehalt einzubeziehen.

Nummer 3 des Protokolls zum Abkommen stellt ergänzend klar, dass die Vertragsstaaten ihre innerstaatlichen Missbrauchsvorschriften gegen Steuerumgehung und Steuerhinterziehung anwenden können; insbesondere behält sich Deutschland vor, den Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes anzuwenden. In Fällen einer dadurch verursachten doppelten Besteuerung kommt das Verständigungsverfahren zur Anwendung.

Die Kirgisische Republik behebt nach Absatz 2 Buchstabe a die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung.

Einkünfte und Vermögenswerte, die nach dem Abkommen in der Kirgisischen Republik von der Steuer freigestellt sind, kann die Kirgisische Republik gleichwohl bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen einer Person berücksichtigen.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll entsprechend dem OECD-Musterabkommen steuerliche Diskriminierungen verhindern.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, dass sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen. Hierzu können die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander verkehren.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem bei Abschluss der Verhandlungen aktuellen OECD-Musterabkommen. Er bezieht sich auf Informationen, die zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erforderlich sind und ist auf die Abkommenssteuern beschränkt.

Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen enthält einige zusätzliche Vorschriften zum Schutz von personenbezogenen Daten (Datenschutzklausel).

Zu Artikel 27

Dieser Artikel bestimmt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten. Der Text entspricht dem OECD-Musterabkommen sowie den Vorschlägen im OECD-Kommentar.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Hiernach tritt das Abkommen am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauf folgenden Jahres anzuwenden sein. Zeitgleich ist das alte, noch mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossene Abkommen vom 24. November 1981 im Verhältnis zur Kirgisischen Republik nicht mehr anzuwenden.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine mögliche Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333